

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1934**

56 (3.2.1934) Morgenausgabe

Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2.90 RM (im Voraus, im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt) 2.50 RM. Durch die Post bez. (einmal täglich) monatlich 2.10 RM zuzügl. 42 Pf. Zustellgeld. Einzelpreise: Wochens-Nummer 10 Pf., Sonntags-Nummer u. Feiertags-Nummer 15 Pf. Im Fall höherer Gewalt, Streit, Auslieferung usw. hat der Verleger keine Ansprüche bei verspäteter oder nichterhaltener der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den Monats-Beleg angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 22 mm breite Millimeter-Zeile 10 Pf. Stellen-Gesuche und -Angebote, Familien- und einseitige Gelegenheits-Anzeigen von Verlobten ermäßigter Preis. Die 36 mm breite Millimeterzeile im Textteil 70 Pf. Bei Wiederholung tarifierter Rabatte, bei Mengenablässen nach Tafel C, bei der Nichterhaltung des Textes, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konturen außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

# Badische Presse

und  
**Handels-Zeitung** Badische Landeszeitung  
Badens große Heimatzeitung

Karlsruhe, Samstag, den 3. Februar 1934.

Eigentum und Verlag von  
Herrn Dr. Hermann Thiergarten  
Hauptredaktion: Adolf Kimmig  
Stellvertreter: Max Böhm  
Verlagsleitung: Adolf Kimmig  
Redaktion: Adolf Kimmig, Joh. Hof, Felix  
Stelzner, für Badische Chronik: Gellert  
Dr. Otto Schenck, für Nachrichten aus dem  
Land: Hubert Doerr, für Kommunal-  
und Wirtschaft: Karl Binder, für Lokales und  
Sport: Richard Bolander, für Kunst, Wissen-  
schaft und Unterhaltung: Max Böhm; für  
den Handel: Karl Heide; für die An-  
zeigen: Ludw. Meindl; alle in Karlsruhe.  
Berliner Schriftleitung: Dr. Kurt Weiger.  
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Hauptgeschäftsstelle: S a i t e r s t r a ß e  
Nr. 639. — Postcheckkonto: Karlsruhe  
Nr. 639. — Bellaren Post und Zeitung /  
Buch und Ration / Film und Kunst / Roman-  
blatt / Deutsche Jugend / Sportblatt / Frauen-  
Zeitung / Reise- und Bade-Zeitung / Land-  
wirtschaft. Gartenbau / Karlsruher Zeitung.  
Zweimal wöchentlich 16.500. Gesamt-Ausg. 19.500  
Gesamt-Druck VII. 33: 36 000.

## Entkräftete Vorwürfe:

# Deutschlands Antwort an Oesterreich.

Keine Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse / Die abgefragte Besprechung Dollfuß-Habicht / Der Grenzzwischenfall.  
Immer wieder Ausflüchte — Die Heimwehr fordert — Die Ursache der Stratosphären-Katastrophe.

m. Berlin, 2. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Regierung Dollfuß hat mit der deutschen Antwortnote auf ihre Beschwerde kurzen Prozeß gemacht. Wenige Stunden haben ihr genügt, um die Prüfung vorzunehmen und zu dem Ergebnis zu kommen, daß die deutsche Antwort „unbefriedigend“ sei. Eine amtliche Verlautbarung stellt das kurz und bündig fest und kündigt an, daß die Regierung nunmehr den Weg weitergehen werde, der ihr durch die Verhältnisse aufgezwungen ist. Die Eile, mit der die Entscheidung herbeigeführt ist, legt den Verdacht nahe, daß Herr Dollfuß schon von vornherein entschlossen war, unter allen Umständen den Weg nach Genf zu gehen, denn schließlich hat die deutsche Regierung sehr genau die Wiener Beschwerde geprüft und Punkt für Punkt widerlegt. Die deutsche Entgegnung ist sehr sorgfältig auch in ihren Anlagen ausgearbeitet worden. Wenn also in Wien nur sachliche Gesichtspunkte ausflagelnd gegeben wären, hätte wenigstens eine eingehende Prüfung vorgenommen werden müssen. Herr Dollfuß hat das nicht getan. Er sieht seine letzte Rettung in dem Appell an den Völkerverbund und ist darin offenbar auch von anderer Seite bekräftigt worden, weil es immerhin Regierungen gibt, die eine solche Kolonisation ganz gern begrüßen würden, um dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit von der Abzehrung abzulenken. Formell gibt allerdings trotz der Wiener Juristen die Völkerbundsatzung keine Handhabe, um den Rat in dieser rein innerpolitischen Angelegenheit mobil zu machen, und politisch ist es auch einigermassen zweifelhaft, ob alle Großmächte mit besonderer Begeisterung an die Möglichkeit einer derartigen Verhandlung in Genf denken. Nicht nur, weil das eine sehr einseitige Angelegenheit werden würde, sondern weil sich daraus Folgerungen ergeben könnten, die dem Völkerverbund sehr unangenehm sind. Der Reichsanwalt hat in seiner letzten Rede noch einmal deutlich erklärt, daß er jederzeit bereit sei, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen. Herr Dollfuß hat auch dieses ehrliche Angebot beiseite geworfen, viellecht beiseite werfen müssen. Es macht nachgerade den Eindruck, daß er nicht mehr ganz Herr seiner Entscheidungen ist, weil die Dinge ihm über den Kopf gewachsen sind. Angesichts der Stellungnahme der österreichischen Regierung hält es die deutsche Regierung für angebracht, die deutsche Antwort nachstehend bekannt zu geben:

Antwort auf die von dem Herrn österreichischen Gesandten am 17. ds. Mts. überreichte Note.

Die Note enthält eine einseitige Schilderung gewisser Vorkommnisse in Oesterreich und verbindet damit den Vorwurf, daß diese Vorkommnisse auf eine unzulässige, von Deutschland aus unternommene Einmischung in die innerpolitischen österreichischen Verhältnisse zurückzuführen seien. Sie spricht von einem Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten und gibt dem ganzen Fragenkomplex eine Darstellung, die ihn von vornherein unter einen fal-

schen Gesichtspunkt rückt. Bevor die deutsche Regierung auf die einzelnen Vorkommnisse eingeht, hält sie es für nötig, diesen falschen Gesichtspunkt richtigzustellen.

Es handelt sich nicht um einen Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten als solchen, der unter die von der österreichischen Regierung geltend gemachten formalen Begriffe des Völkerrechts fällt,

sondern um die Auseinandersetzung der österreichischen Regierung mit einer historischen Bewegung des ganzen deutschen Volkes.

Der Nationalsozialismus, der die Bevölkerung des Reiches mit elementarer Kraft ergriffen und der die deutsche Bevölkerung Oesterreichs schon seit langem in seinen Bann gezogen hat, wird von der österreichischen Regierung mit allen Mitteln der Gewalt in seiner legalen Entwicklung und freien Entfaltung gehindert. Es ist selbstverständlich, daß durch die politische Grenze zwischen dem Reich und Oesterreich das Gefühl völkischer und geistiger Verbundenheit nicht beseitigt und das Uebergreifen völkischer Ideen nicht aufgehalten werden kann.

Die österreichische Regierung kann nicht erwarten, daß Deutschland einem Regierungssystem gleichgültig gegenüber steht, das alles das entrechtet und unterdrückt, was das deutsche Volk mit neuem Mut und neuer Zuversicht erfüllt. Es ist unvermeidlich, daß der schwere innerpolitische Konflikt in Oesterreich auch auf das Verhältnis des Reiches zu Oesterreich seine schädliche Auswirkung hat. Trotzdem hat die deutsche Regierung es auf das peinlichste vermieden, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs einzumischen. Sie hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß ihr jeder Gedanke an gewaltsame Einmischung oder irgend eine Verletzung vertraglicher Bindungen vollkommen fern liegt. Sie kann daher nur ihr lebhaftes Bedauern darüber äußern, daß die österreichische Regierung bei mehreren Anlässen die deutsche Regierung verächtigt hat, als ob sie die Unabhängigkeit Oesterreichs bedrohe.

Bei dieser grundsätzlichen Einstellung der deutschen Regierung versteht es sich im Gegenatz zu der Darstellung der österreichischen Regierung ganz von selbst, daß die deutsche Regierung es nur begrüßen würde, wenn endlich eine Verständigung zwischen der österreichischen Regierung und der nationalsozialistischen Partei in Oesterreich herbeigeführt werden könnte. Auch von Seiten nationalsozialistischer Kreise in Deutschland ist niemals etwas gefehlen, was einer solchen Verständigung hätte entgegenwirken können. Ferner hat auch, soweit hier bekannt, die nationalsozialistische Partei in Oesterreich selbst niemals ihre Mitarbeit an der Lösung des innerpolitischen österreichischen Problems abgelehnt. Die österreichische Regierung weiß, daß die Zusammenkunft, die auf Grund der Berliner Demarche des Herrn österreichischen Gesandten vom 1. Januar ds. Js. zwischen Herrn Bundeskanzler Dollfuß und Herrn Habicht durch Vermittlung der Reichsregierung ver-

einbart worden war, im letzten Augenblick nicht etwa von nationalsozialistischer Seite, sondern von der österreichischen Regierung selbst ohne jeden stichhaltigen Grund abgefragt worden ist.

Daß die deutsche Regierung stets darauf Bedacht genommen hat, eine Verschärfung der Lage zu vermeiden, kann die österreichische Regierung z. B. aus der Zurückhaltung ersuchen, mit der von deutscher Seite der Zwischenfall schon mehrfach behandelt worden ist.

Obwohl es sich um die Erschießung eines Reichswehrsoldaten durch beamtete österreichische Grenzorgane auf deutschem Gebiet handelte, und obwohl die gemeinsame Untersuchung die Allein Schuld der österreichischen Organe ergab, hat die deutsche Regierung alles getan, was eine schnelle Beilegung dieses ersten Zwischenfalles ermöglichte. Trotzdem hat die österreichische Regierung es bisher unterlassen, die zugesicherte gerichtliche Sühne herbeizuführen. Die deutsche Regierung muß darauf bestehen, daß ihr jetzt endlich die damals in Aussicht gestellte Mitteilung über die Befragung der Täter zugeht.

Nach diesen Ausführungen möchte die Reichsregierung auf die einzelnen von der österreichischen Regierung erhobenen Beschwerden näher eingehen.

### I. Die „Oesterreichische Region“.

Die deutsche Regierung hat die von der österreichischen Regierung erneut aufgestellte Behauptung von angeblichen Plänen eines gewalttätigen Vorgehens der sogenannten Oesterreichischen Region gegen österreichisches Gebiet schon mehrfach als unwahr zurückgewiesen. Sie bezieht sich vor allem auf ihre Note vom 21. Sept. v. J., in der sie die vorgebrachten Beschwerden Punkt für Punkt widerlegt hat. Im übrigen ist, wie der österreichischen Regierung bekannt, das Lager Lechfeld in vollem Umfange geräumt und die Verteilung der österreichischen Flüchtlinge auf einzelne, zum Teil erheblich von der österreichischen Grenze entfernt liegende Orte, durchgeführt worden. Von einer Zusammenziehung an der Grenze kann daher keine Rede sein.

Die dem Auswärtigen Amt neuerlich ohne Namensnennung — übermittelten Aussagen von österreichischen Staatsangehörigen, die der sogenannten Oesterreichischen Region angehört haben sollen, tragen deutlich den Stempel der Unglaubwürdigkeit und haben sich nach dem Ergebnis der von der deutschen Regierung vorgenommenen Untersuchung als völlig unzutreffend herausgestellt. Betr. näherer Einzelheiten wird auf die Anlage I verwiesen.

### II. Sendung von Propaganda- und Sprengmaterial von Deutschland nach Oesterreich.

Die deutsche Regierung hat diesen Punkt angefaßt der Schwere der erhobenen Beschuldigung einer besonders eingehenden Prüfung unterzogen. Vorweg möchte sie auf die strengen Bestimmungen über den Verkehr und den Handel mit Sprengstoffen in Deutschland hinweisen, die es ausgeschlossen erscheinen lassen, daß Sprengstoffsendungen in größerem Umfange aus Deutschland nach Oesterreich stattgefunden haben können. Dazu kommt, daß die zuständigen deutschen Behörden schon seit längerer Zeit die Grenze in verstärktem Maße überwachen. Immerhin wäre es bei der Länge und der schwierigen Linienführung der deutsch-österreichischen Grenze vielleicht möglich, daß in einzelnen Fällen Schmuggeltransporte der Aufmerksamkeit der deutschen Grenzbeamten — nach der Darstellung der österreichischen Grenzbeamten — doch entgangen wären. Indessen haben die angestellten Ermittlungen keinen Anhaltspunkt dafür gegeben, daß solche Schmuggelfälle tatsächlich vorgekommen sind. Völlig ausgeschlossen ist es aber, daß amtliche oder parteiamtliche deutsche Stellen irgendwie an einem derartigen Schmuggel beteiligt waren oder ihn auch nur begünstigt haben.

Im übrigen wird auf Anlage II Bezug genommen.

### III. Sechskampagne durch die Presse.

Zu der Beschwerde über die angebliche Verhöhnungskampagne der reichsdeutschen Presse gegen die österreichische Regierung muß bemerkt werden, daß in der Tat in einzelnen Fällen Angriffe auf die österreichische Regierung erfolgt sind, die jedoch lediglich die Antwort auf eine Anzahl höchst gehässiger Ausfälle der österreichischen Presse gegen das neue Deutschland darstellen. Letztere sind leider von den österreichischen Behörden weder gehindert noch geahndet worden, sondern werden trotz der Proteste der deutschen Gesandtschaft in Wien, in mehr als 200 Fällen mit offenkundiger Unterstützung und aktiver Beteiligung amtlicher österreichischer Kreise tagtäglich in gesteigertem Maße fortgesetzt.

### IV. Rundfunkpropaganda.

Die Behauptung der österreichischen Regierung, daß im deutschen Rundfunk eine Verhöhnungskampagne getrieben werde, ist nicht richtig. Die Vorträge des Rundfunks richten sich an die reichsdeutschen Hörer und unterrichten diese über die Entwicklung in Oesterreich. Die Bestimmungen der internationalen Rundfunkverträge werden dabei in jeder Hinsicht eingehalten. Dagegen hat die deutsche Regierung trotz wiederholter Vorstellungen immer wieder festgestellt, daß von österreichischer Seite der Rundfunk zu intensiver Propaganda gegen das neue Deutschland mißbraucht wird, wobei der amtliche Nachrichten dienst selbst vor üblen Verleumdungen nicht zurücksteht.

### V. Kampfzug der Deutsch-Oesterreicher im Reich.

Im gleichen Zusammenhang protestiert die österreichische Regierung gegen die Gründung und Förderung des „Kampfzugs

# Monarchisten-Verbände aufgelöst

\* Berlin, 2. Jan. Auf Grund einer Anregung des preussischen Ministerpräsidenten hat sich der Reichsminister des Innern veranlaßt gesehen, die Landesregierungen zu ersuchen, alle monarchistischen Verbände aufzulösen und zu verbieten.

Die Maßnahme hätte sich erübrigt, wenn sich die Verbände der gebotenen Zurückhaltung befleißigt und auf die Pflege rein geschichtlicher Erinnerung beschränkt hätten. Der Nationalsozialistische Staat wird die historischen Verdienste großer deutscher Fürsten und preussischer Könige stets anerkennen. Er kann es aber nicht dulden, daß sich dunkle Elemente in die monarchistische Bewegung einschleichen und den Versuch machen, sie zu einer Opposition gegen den Nationalsozialistischen Staat auszubauen. Schon solche Versuche verstoßen gegen Sinn und Geist des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien, das die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als einzige in Deutschland bestehende Partei anerkennt hat.

## Die Dienststelle von Stephanis aufgehoben.

O Berlin, 2. Febr. Das Stahlhelmbundesamt teilt mit: Gemäß Verfügung der Obersten SA-Führung ist auf Grund der angeordneten Verschmelzung der SA-Reserve I mit der SA die Dienststelle des Führers der SA-Reserve I aufgehoben worden. Der Stabschef Köhm hat Oberlandesführer von Stephanis seinen Dank und seine Anerkennung für die bis dahin geleisteten Dienste ausgesprochen und ihn zur Verfügung der Obersten SA-Führung gestellt. Oberlandesführer von Stephanis hat gleichzeitig sein Amt als Bundeshauptmann im Stahlhelm Bdz. niedergelegt.

## Gewissensklausel im neuen Impfaesetz.

\* Berlin, 2. Febr. Die bevorstehende Revision des Impfgesetzes wird nach dem Vorgang anderer Länder, z. B. England, Holland, voraussichtlich die sogenannte Gewissensklausel bringen, durch die grundsätzlichen Gegnern der Impfung die Möglichkeit gegeben wird, unter bestimmten Voraussetzungen die Einleitung von Zwangsmaßnahmen zur Durchführung der Impfung zu erreichen. Im Hinblick hierauf hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß in den Regelfällen, also außerhalb der Zeiten besonderer Gefährdung des Volkes durch Epidemien, von Zwangsmaßnahmen zur Impfung und von der Einleitung von Strafverfahren wegen Unterlassung der Impfung einstweilen Abstand genommen wird.

## Preisarbeiten des Journalistenwettbewerbs:

### „Mit Hitler in die Macht“.

Der Lesewettbewerb.

Wir beginnen im Heftleton dieser Nummer mit dem Abdruck der im Deutschen Journalistenwettbewerb „Mit Hitler in die Macht“ vom Preisgericht ausgewählten Arbeiten. Den Vorsitz des Preisgerichtes hatte bekanntlich Reichsminister Dr. Goebbels. Der Abdruck der fünf preisgekrönten Arbeiten erfolgt ab heute fortlaufend in beliebiger Reihenfolge ohne Kennzeichnung der erfolgten Prämierung. Die Reihenfolge der Prämierung (mit dem 1., 2., 3., 4., 5. Preis) ist nur dem Preisgericht bekannt.

Die deutschen Zeitungsleser sollen nun selbst darüber urteilen, welche der Arbeiten mit dem 1., 2., 3., 4., 5. Preis ausgezeichnet worden ist.

Für die richtige Lösung ist von Dr. Dietrich ein Preis von 1000 Reichsmark ausgesetzt worden. Gehen mehrere richtige Lösungen ein, so wird der Preis in fünf Preise zu je 200 Reichsmark geteilt. Gehen mehr als fünf richtige Lösungen ein, so werden die fünf mit einem Preis von 200 Reichsmark bedachten Lösungen unter Ausschluß des Rechtsweges durch das Preisgericht durch Los bestimmt.

Die Einsendungen sind bis zum 15. Februar zu richten an den Reichsverband der Deutschen Presse  
Berlin W 10, Tiergartenstraße 10.

Jeder Einsendung muß die letzte Bezugsquittung der „Badischen Presse“ beigelegt werden. Einsendungen ohne ordnungsgemäße letzte Bezugsquittung werden nicht berücksichtigt.

Wir bitten die Leser der „Badischen Presse“, sich recht zahlreich an dem Wettbewerb zu beteiligen.

Die Schriftleitung.

der Deutsch-Österreicher" im Reich. Dazu bemerkt die deutsche Regierung, daß es sich um eine freie Vereinigung von im Deutschen Reich lebenden Österreichern handelt, die den Wunsch gehabt haben, sich auf nationalsozialistischer Grundlage zusammenzuschließen.

VI.

Reise des Erbprinzen zu Waldeck und Pyrmont.

Die Reise des Erbprinzen zu Waldeck und Pyrmont nach Wien wird von der österreichischen Regierung als Beweis einer Konspiration gegen die österreichische Regierung betrachtet. Dazu ist folgendes zu sagen:

Legationsrat Erbprinz zu Waldeck und Pyrmont sollte seinerzeit mit Wissen und Billigung der österreichischen Regierung Herrn Habicht nach Wien zu der Zusammenkunft mit dem Herrn Bundeskanzler begleiten. Nachdem diese dann von österreichischer Seite überraschend abgefragt worden war, hat sich Legationsrat Erbprinz zu Waldeck und Pyrmont in amtlichem Auftrag nach Wien begeben, um sich bei der deutschen Gesandtschaft über die Lage zu informieren.

Zusammenfassend kann die deutsche Regierung nur ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß die österreichische Regierung es für angezeigt gehalten hat, schwerwiegende Vorwürfe zu erheben, obwohl sie deren Unrichtigkeit aus den ihr von der deutschen Regierung bereits bei früherer Gelegenheit gemachten Mitteilungen ohne weiteres hätte ersehen können.

Berlin, den 31. Januar 1934.

Die der Antwort beigefügten Anlagen erörtern noch im Einzelnen die deutschen Darlegungen.

Vor einer internationalen Aktion?

Neue Forderungen der Tiroler Heimwehr.

DNB. Wien, 2. Febr. Nach einer halbamtlichen Mitteilung wird ein außerordentliches Ministerrat bereits in allerhöchster Zeit zusammentreten, um den endgültigen Beschluß über die internationale Aktion Österreichs gegen Deutschland zu fassen.

Nach einer Mitteilung der halbamtlichen „Polizeikorrespondenz“ sind am Freitag nachmittag aus allen Bezirken Wiens mehrere Tausend Heimatschugler zur Verstärkung der bereits früher

aufgebotenen Schutzpolizeiabteilung ausgerückt. Gegen Mittag wurden von den Heimwehrabteilungen zwei neue Kavernen in der inneren Stadt bezogen.

Nach Grazer Meldungen ist auch dort eine Verstärkung der aufgebotenen Wehrverbände erfolgt. Es besteht daher der Eindruck, daß die in Tirol von den Heimwehren eingeleitete Strafexpedition jetzt mit großer Beschleunigung auch auf die anderen Bundesländer ausgedehnt wird.

Das Vorgehen der Tiroler Heimwehren gegen die Nationalsozialisten gewinnt immer mehr den Charakter auch eines innenpolitischen Vorgehens, da die Tiroler Heimwehren jetzt über die Forderung auf rücksichtslose Betämpfung des Nationalsozialismus hinaus auch die Selbstauflösung der Christlichsozialen Partei, den Rücktritt sämtlicher Christlichsozialen von den öffentlichen Stellen und sofortige Auflösung der Sozialdemokratischen Partei fordern.

Durch Pflegerin vergiftet.

Sensationelle Aufklärung eines Todesfalls / Arsenikvergiftung festgestellt.

DNB Göttingen, 2. Febr. Die Kriminalbehörden stehen vor der sensationellen Aufklärung eines Todesfalles. Vor einigen Jahren starb in Hörde die Offizierswitwe Frau von Berkefeld, eine in der Gegend bekannte und geachtete Frau.

Die Staatsanwaltschaft erhielt von dem Vorfall Kenntnis und ordnete die Ausgrabung der Leiche an. Der Sektionsbefund war überraschend. Die Leiche enthielt eine solche Menge Arsenik, daß man damit eine ganze Familie hätte umbringen können.

Die Familientragödie in Triburg.

Triburg, 2. Febr. Das Kind des praet. Arztes Dr. Wagner ist am frühen Nachmittag an den Folgen der Morphinuminjektion

gestorben. Die beiden Eltern liegen nach wie vor in Lebensgefahr. Die Rettung der Frau Dr. Wagner wird durch Sauerstoffzufuhr versucht.

176 Jahre Zuchthaus und 20 Jahre Gefängnis im Hamburger Sprengstoffprozeß.

§ Hamburg, 2. Febr. In dem großen Hamburger Sprengstoffprozeß, der das Hanseatische Sondergericht fast zwei Wochen lang beschäftigt hat, wurde am Freitag das Urteil gefällt. Von den 31 Angeklagten wurden zwei freigesprochen.

Der Unteroffizier der beschossenen Skimmanschaft wird geehrt.

DNB. Berlin, 2. Febr. Der Chef der Heeresleitung hat dem Unteroffizier Genner des 21. (Bayer.) Infanterieregiments, den Führer der seinerzeit bei Reit im Winkel von österreichischer Seite beschossenen Skimmanschaft, für sein bei dem Vorfall bewiesenes umsichtiges Verhalten eine Anerkennung ausgesprochen und ihn zum überzähligen Feldwebel ernannt.

Aufzeichnungen der Stratosphärenflieger

Moskau, 2. Febr. Die von der Ostiachim eingesezte Kommission zur Untersuchung der Katastrophe des sowjetrussischen Stratosphärenballons stellte fest, daß die Notizen der Fahrteilnehmer und die Aufzeichnungen des Barometers bei dem Sturz der Gondel unverändert geblieben waren.

Als Ursache der Katastrophe nimmt man die zu schnellen Abbiegung des Ballons an, wodurch sich die Gondel von der Ballonhülle gelöst haben muß. Die Aufzeichnungen der Fahrteilnehmer zeigen an, daß die Beladung bis 16.10 Uhr in bester Stimmung war und keinerlei Befürchtungen hegte.

Die drei Insassen des verunglückten Ballons wurden am Freitag in einem Ehrengrab an der Kremelmauer am Roten Platz feierlich beigesetzt.

Die Bulgaren nach Berlin überführt.

Berlin, 2. Febr. Die bisher in Leipzig in Schutzhaft gehaltenen Bulgaren Dimitroff, Popoff und Taneff sind nach Berlin übergeführt worden.

Flugverkehr über Südamerika.

m. Berlin, 2. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Am Samstag wird die deutsche Luftflotte ihren neuen Flugverkehr nach Südamerika eröffnen. In den letzten Monaten haben zahlreiche Probeflüge über den Südatlantik hinweg mit Flugzeugen vom Typ des Dornierwals stattgefunden.

Die Strecke wird zunächst dreimal im Monat besflogen. Später schaltet sich das Zeppelinluftschiff ein, das auch Passagiere befördert. Die Luftflotte trägt sich mit dem Plan, allmählich die Abstände zwischen zwei Flügen zu verkürzen.

Die Preisarbeiten des Journalistenwettbewerbs „Mit Hitler in die Nacht“.

Wir veröffentlichen heute den ersten Artikel der im Deutschen Journalistenwettbewerb „Mit Hitler in die Nacht“ vom Preisgericht ausgewählten Arbeiten. Der Abdruck erfolgt in beliebiger Reihenfolge ohne Kennzeichnung der erfolgten Prämierung.

Arbeit A

„Fanget an!“

Ein langgestreckter, grandioserer Hof: ein Hof wie unzählige andere auch. Und doch ist dieser Hof ein besonderer Hof: denn er kann erzählen von bitterem Leid, von Glend und Sorge und von tausendfältigen Enttäuschungen.

Und doch ist wiederum gerade dieser Hof ein besonderer Hof, dieser Hof des Frankfurter Arbeitsamtes. Denn er war ausserhalb, neues Leben, neue Hoffnung hinauszutragen in ein verzweifelltes Volk.

An jenem Morgen des 28. September 1933 betraten, gegen 7 Uhr morgens, siebenhundert deutsche Menschen zum letzten Male nach langen Jahren der Not diesen Hof. Sie traten an, nicht um wieder Schlange zu stehen, sondern sie traten an in zehn Gliedern, Alte und Junge, mit hoffnungsfreudig leuchtenden Gesichtern, aus denen Not und Sorge ausgelöscht waren.

des Arbeitsamtes, den ihr so lange mit Erbitterung betreten habt... und sie hörten voll tiefster Freude das andere Wort: „Fanget an!“

Und in siebenhundert deutschen Arbeiterherzen keimte ein Glaube...

Das war die Geburtsstunde des Glaubens. Der aber wurde vertieft, als die Siebenhundert zum letzten Male durch das Tor des Hofes schritten und auf dem Vorplatz zu Frankfurt aus der Hand des Statthalters ihr Arbeitsgerät empfingen.

Und wieder wurde ihnen das Wort gesagt: „Fanget an!“ Das Wort, auf das ein Millionenheer seit Jahren gewartet. Und sie, diese Siebenhundert, waren ausserhalb, die Ersten zu sein bei dem Bau eines neuen Reiches, die Ersten dieser Millionenarmee, sie sollten das Wort wahr machen.

Und der Glaube an das Wort „Fanget an“ und an das Reich wuchs, ergriff sie und wühlte sie auf: die, die da auf der Straße marschierten und die, die an der Straße standen.

neuen Deutschland. Ein Deutschland der Arbeit, eines Deutschland einig in einem Führer. Der Wille des Einen aber war es, der diese Siebenhundert aus dem düsteren Hof des Arbeitsamtes hinausführte in die wahre Freiheit, der sie alle wieder machte zu freien und stolzen Menschen, der ihnen den Platz wieder gab, der ihnen gebührt im Volk.

Und diese Siebenhundert verstanden den Ruf des Führers und traten vor ihn hin dort am Ufer des Rheinflusses, voll Glauben an ihn und sein Werk. Sie verstanden ihn auch, als er in ihrer Sprache zu ihnen sprach: denn er war einer der ihnen, er fühlte wie sie, er dachte wie sie. Er sprach nur zu ihnen und gab ihnen den Befehl:

„Fanget an!“ Und sie wurden Zeugen des Augenblicks, als sich der Spaten zum ersten Spatenstich tief in die Erde senkte; als der Führer, ihr Führer, das Zeichen gab zum „Fanget an!“ der Arbeit, einer Arbeit, die das ganze deutsche Volk erlassen sollte. Und dieses Volk verstand den Sinn dieser Tat und das Wollen des Führers.

Das Wort „Fanget an!“ wurde das Lösungswort eines ganzen Volkes, wurde das Zeichen des Sieges.

Und aus den Siebenhundert, die an jenem Morgen des 28. September 1933 voll Hoffnung und Glauben ausgaben aus dem Hofe des Frankfurter Arbeitsamtes, wurden Tausende und aber Tausende, die das Wort aufgriffen, das ihnen zugerufen wurde.

Das aber war das Werden des neuen Reiches. „Fanget an!“ (Der zweite Artikel folgt am Montag.)

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft

Von der Universität Heidelberg. Der ordentliche Professor für Physik, Dr. Walter Bothe, wurde zum korrespondierenden Mitglied der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, der ordentliche Professor für Kinderheilkunde, Dr. Ernst Moro, zum Mitglied der Leop. Carol. Deutschen Akademie für Naturwissenschaften in Göttingen ernannt.

Von der Universität Freiburg. Das Bad. Staatsministerium hat dem Privatdozenten für physikalische Chemie Dr. Johann Böhm für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität Freiburg die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor verliehen.

Zunehmender Besuch bei den Frankfurter Bühnen. Trodem die Eintrittspreise der städtischen Bühnen erheblich, teilweise bis zu 45 Prozent, gestiegen wurden, sind die Gesamteinnahmen geblieben. Der Theaterbesuch im Schauspielhaus und bei der Oper zeigt steigende Ziffern. Im Dezember haben gegenüber dem Vorjahr über 10 000 Menschen mehr die städtischen Bühnen besucht.

Brände in Baden.

1. Mehlkirch, 2. Febr. (Eigener Drahtbericht.) In Talheim bei Mehlkirch brannte heute früh 7 Uhr das Anwesen des Rührermeisters Johannes Stedeler vollständig nieder.

Schnellingen (Kinzigtal), 2. Febr. Am Donnerstagabend kurz vor 7 Uhr brach in dem Anwesen des Landwirts Wendelin Klausmann ein Feuer aus, das rasch um sich griff und das Wohnhaus schwer beschädigte.

D. J. Todtmoos, 2. Febr. Zu dem Großfener, dem der Bauernhof der Familie Maier zum Opfer fiel, wird noch ergänzend gemeldet, daß es sich bei dem zerstörten Hof um ein Anwesen aus dem Jahre 1748 handelt.

Strafverfahren gegen katholischen Geistlichen.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Das Geheim Staatspolizeiamt hat gegen den katholischen Pfarrer Herberich von Altglashütten (Amt Neustadt) ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung der Hitlerjugend einleiten lassen.

Landesstrafanstalt Bruchsal dient der Sicherungsverwahrung.

Bruchsal, 2. Febr. Durch die neuen Verfügungen im Strafvollzug bzw. die Sicherheitsmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung durch Fernhaltung von Gewohnheitsverbrechern nach ihrer Strafverbüßung vollzog sich heute ein Umzug in den Unterstufen der Untersuchungsgefängnisse bzw. Schutzgefängnisse.

Ein unglücklicher Schütze.

Fautenbach (bei Achern), 2. Febr. Bei einem gemütlichen Zusammensein mit anderen jungen Leuten hantierte ein junger Mann von etwa 24 Jahren, mit einem Floberzgewehr, das, anscheinend ohne sein Wissen, geladen war.

Erntlingen, 2. Febr. (Unglücksfälle.)

Beim Herannahen eines Zuges der Mittelbahn scheuten die Pferde des Landwirts Madert. Dieser wurde an eine Mauer geschleudert und erlitt verheerende Verletzungen, die seine Ueberführung in ein karlsruher Krankenhaus notwendig machten.

Kenzingen, 1. Febr. (In die Windschuttscheibe geschleudert.)

In der Nähe von Friesenheim stieß ein Lastauto der Kronenbränerei Offenbürg mit einem entgegenkommenden Personwagen zusammen. Der Lastwagen kam ins Schleudern und fuhr in den Straßengraben.

„Konstanz und sein früherer Bürgermeister“.

In einer wie in anderen badischen Zeitungen auch bei uns erschienenen Meldung des Deutschen Nachrichtenbüros über finanzielle Auseinandersetzungen der Stadt Konstanz mit ihrem früheren Oberbürgermeister war gesagt worden, aus einem jetzt ergangenen Gerichtsurteil gehe hervor, daß Oberbürgermeister i. R. Dr. Moeride sich einen Betrag von etwas über 18 000 Mark zu viel habe ausgezahlt lassen.

Was die Theater spielen.

Baden-Baden, 2. Febr. (Städtische Schauspiel.) Montag, 5. Febr.: „Renanissance“; Dienstag, „Bob macht sich gesund“; Mittwoch, „Alle gegen Einen. Einer für Alle“; Freitag, „Galgenstrich“; Sonntag, Rosenmontag und Dienstag: „Fasnachts-Olympiade“.

Das Urteil im Offenburger Sterilisationsprozeß.

Kassibefehl gegen zwei Angeklagte.

Offenburg, 2. Febr. Im Sterilisationsprozeß ging am Donnerstagabend die Beweisaufnahme zu Ende. Der heutige Freitag war mit den Plaidoyers ausgefüllt. Staatsanwalt Martens stellte folgende Strafanträge:

Gegen Med.-Rat Dr. Merk 4 Jahre 2 Monate Zuchthaus, Verbots der Ausübung des ärztlichen Berufes auf die Dauer von fünf Jahren und Anordnung der Unterjuchungshaft. Gegen Frau Dr. Bauer 3 Jahre Zuchthaus und Anordnung der Unterjuchungshaft. Gegen Dr. Weber: 2 Jahre 2 Monate Zuchthaus. Mit den Strafen sind vereinigt die bereits im Urteil vom 16. Mai 1932 ausgesprochenen und rechtskräftig gebliebenen Strafen.

In der sechsten Abendstunde am Freitag erging folgendes Urteil:

I. Es werden verurteilt unter Anrechnung der durch Urteil der Strafkammer des Landgerichts Offenburg vom 16. Juni 1932 jeweils rechtskräftig erkannten Einzelstrafe:

1. Medizinalrat Dr. Karl Merk aus Achern, wohnhaft in Rehl, wegen in selbständigen Handlungen verübten Verbrechens gegen §§ 224 und 225 Reichsstrafgesetzbuch rechtslich zusammentreffend in einem Fall mit verurteilter Abtreibung, in einem weiteren Fall

mit vollendeter Abtreibung zur Gesamtkstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus.

2. Praktische Ärztin Dr. Paula Bauer: Haus aus Leutenheim, wohnhaft in Rehl wegen in zwei selbständigen Handlungen verübter Beihilfe zum Verbrechen gegen §§ 224 und 225 Reichsstrafgesetzbuch in einem Fall im rechtlichen Zusammentreffen mit Abtreibung zur Gesamtkstrafe von einem Jahr und drei Monaten Gefängnis.

3. Der Angeklagte Dr. Julius Weber-Rehl, wohnhaft daselbst, wegen in zwei selbständigen Handlungen verübter Beihilfe zu Verbrechen gegen §§ 224 und 225 Reichsstrafgesetzbuch zu 10 Monaten Gefängnis.

IV. Das Verfahren gegen die Angeklagte Frau Dr. Bauer-Haus wegen Verbrechens nach §§ 224 und 225 wird im Falle 30 des Eröffnungsbeschlusses eingestellt.

III. Im übrigen werden die Angeklagten freigesprochen.

IV. Soweit die Angeklagten verurteilt sind, haben sie die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die übrigen Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Es erging außerdem Gerichtsbeschluss: Wegen der hohen Strafen und Fluchtverdachts wird Haftbefehl erlassen gegen die Angeklagten Med.-Rat Dr. Merk und Frau Dr. Bauer-Haus und somit die Unterjuchungshaft angeordnet.

Neues Bauernium.

Schulungskurse auf dem Markenhof bei Freiburg.

Im Dritten Reich soll nach dem Willen des Führers der Bauernstand die Grundlage bilden, auf der sich die übrigen Stände aufbauen. Dieser Umkehrung gegenüber der Zurücksetzung durch Marxismus und Liberalismus erfordert Erziehungs- und Aufklärungsarbeit in allen Kreisen des Volkes, um in der Volksgemeinschaft freudige Gefolgschaft für die großen, vom Führer gesetzten Ziele zu erreichen.

Zu diesem Zweck sind auf den beiden badischen Bauernschulen Markenhof bei Freiburg und Sittendorf (Badense) je 30 Jungbauern in einem 4monatigen Lehrgang auf dem Markenhof vereinigt, um ihnen als zukünftigen Bauern- und Jungbauernführern das Rüstzeug zu verpflegen, das die neue Zeit verlangt. Ein Höhepunkt in dieser Arbeit waren die Tage vom 26. bis 31. Januar, an welchen die beiden Schulen zusammen mit etwa 45 Mitglidern aus früheren Jahrgängen auf dem Markenhof unter der Leitung des Stabsleiters der Hauptabteilung I der Landesbauernschaft Baden, Diplolanwalt Dr. J. J. Jander, vereinigt waren.

Als Vertreter der Hauptabteilungen I, II, III und IV der bäuerlichen Selbstverwaltungorganisation sprachen Diplolanwalt J. J. Jander, Dr. Stumpf, Dr. Gabriel und Reichsschulungsleiter Kaiser über die Aufgabengebiete ihrer Abteilungen und deren Bedeutung für den Bauernstand und das deutsche Volk. Weitere Vorträge von Oekonomierat Mauch, Jitenbof und Privatdozent Dr. Baad behandelten die Grundgedanken des Nationalsozialismus und der nationalsozialistischen Wirtschaft, Privatdozent Dr. Felgenträger sprach über nationalsozialistische Rechtsauffassung, der Presseferent der Landesbauernschaft, Diplolanwalt Wolff über „Bauer und Presse“, Dr. Ulrich über „Bauer und Film“, Genossenschaftsgeschäftsführer Alfred Hüster aus Sin-

gen, ein Mitglidder vom Markenhof, über Organisationsfragen der Landwirtschaft in Baden. Der Vortrag des Leiters der Bauernhochschule Markenhof, Reinmuth, über Heimatpflege war umrahmt und fand seine praktische Ergänzung durch einen von dem Markenhof-Schüler veranstalteten Heimatabend. Ein weiterer Abend war unter Leitung von Diplolanwalt Dr. Kühner den Fragen des Reichserbhofgesetzes gewidmet. Verschiedene von Schülern gehaltene Vorträge deckten immer neue Seiten dieses großen Gesetzes auf, so z. B. die volksbiologische Bedeutung, die Stellung der Bauernfrau und Bauernmutter, die Befreiung vom Kapitalismus, die Frage der Aternahrung u. a. Der Sonntagabend vereinigte die Schüler mit den Einwohnern des gastlichen Kirchgartens zu einem Bauernabend, dessen Krönung die glänzende Rede des Landesbauernführers Huber bildete.

Einen weiteren Höhepunkt dieser Tage bildeten die Ausführungen des stellvert. Chefs des Kasse- und Siedlungsamtes der SS in Berlin, Diplolanwalts Dr. Rechenbach über Rassen- und Bevölkerungspolitik und die daran anschließenden praktischen Proben einer rassistischen Analyse. Eine Ergänzung nach der Bevölkerung- und agrarpolitischen Seite hin fand dieses Gebiet durch einen Lichtbildvortrag von Diplolanwalt Dr. Kühner.

Alles in allem hinterließ der Lehrgang den Eindruck, daß durch die weltanschauliche und geistige Erziehung, die fachliche Schulung und die Bekundung des Sinnes für Rassenfragen und körperlicher Eräftigung die Anfänge eines Neuaufbaus aus Blut und Boden im Sinne des Reichsbauernführers A. Walthers Darré zu erkennen sind. Auch für den neuen Bauernadel gilt als kennzeichnendes Merkmal jedes Adels, daß er sich eine besondere Ehre und besondere Pflichten auferlegt.

Ernennungen — Versetzungen — Zurufbefetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Finanz- und Wirtschaftsministerium. Planmäßig ange stellt als Revisor: Ministerialreferent Helmut Boelke in Karlsruhe. Auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt: Rörster Eduard Schluß in Karlsruhe. Versetzt: Hauptinspektor Friedrich Nagel beim Bezirksamt Heidelberg zum Bezirksamt Donaueschingen, Hauptreferent Karl Treiber beim Bezirksamt Breisgau zum Bezirksamt Heidelberg, Bauoberreferent Gustav Funt zum Bezirksamt Karlsruhe zum Finanz- und Wirtschaftsministerium.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt: Die Regierungsdirektoren Philipp Kabeinaler, kurzzeit beim Finanz- und Wirtschaftsministerium, Dr. Oskar Emmelmann beim Bezirksamt Heidelberg, Wolfgang Schneider beim Polizeipräsidium in Mannheim, Albert Stamm, kurzzeit beim Regierungspräsidium in Berlin und Albert Hüner beim Bezirksamt Karlsruhe zum Polizeipräsidium Mannheim, Alfred Schenke beim Bezirksamt Donaueschingen und Adam Eitel beim Polizeipräsidium Karlsruhe zum Kriminalreferenten. Versetzt: Regierungsrat Hans Goll beim Bezirksamt Rastatt zum Bezirksamt Karlsruhe. Zurufbefetzungen infolge Erreichung der Altersgrenze: Gendarmerieinspektor Lambert Schmitt in Mosbach. Planmäßig angestellt: Friedrich Weertmann als Nachstift bei der Hauptverwaltung in Baden-Baden. Versetzt: Die Amtsverteilung „Landrat“ dem Regierungsrat Karl Neumaier beim Bezirksamt Mannheim. Versetzt: Verordnungsassistent Ernst Hüner beim Bezirksamt Rastatt zum Bezirksamt Karlsruhe. Versetzt: Oberrechnungsrat Albert Sellert beim Wirtschaftsministerium des Innern. Versetzt: Polizeibauratwachtmeister August Ernst in Heidelberg. Versetzt: Polizeikommissar Albert Groh in Einaich a. S., Polizeikommissar Paul Wehner in Karlsruhe, Polizeioberwachmeister

Peter Sauer in Mannheim, Polizeihauptwachmeister Emil Bösch in Karlsruhe, Kriminalreferent Karl Lampe in Heidelberg. Versetzt: Gewerkschaftsreferent Georg Steiner in Einaich (Amt Wolfach).

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und des Unterrichts und der Justiz:

Ernannt: Der technische Inspektor Fritz Feld am Generalandelsarchiv Karlsruhe zum technischen Oberinspektor d. d. d. — Rektor Leo Berner an der Volkshochschule in Weil a. Rh. zum Schulrat beim Stadtschulamt in Mannheim. — Hauptlehrer Otto Schreiner zum Rektor an der Volkshochschule in Forstheim. Versetzt: Schulrat Friedrich Schaub beim Stadtschulamt Karlsruhe als Studienrat an das Gymnasium Karlsruhe. Auf Ansuchen unter Würdigung des nationalen Erfordernisses in den Ruhestand versetzt: Rektorin Hedwig Stoll in Mannheim. In den Ruhestand versetzt gemäß § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums: Hauptlehrer Friedrich Schaub in Mannheim unter Zurücknahme seiner Entlassung, Hauptlehrer Heinrich Wehnermann in Heidelberg unter Zurücknahme seiner Entlassung. In den endgültigen Ruhestand versetzt: Konsultant i. e. N. Josefina Burfar, zuletzt am Generalandesarchiv in Karlsruhe, Oberarchivar i. e. N. Fritz Frankhauser, zuletzt ebenfalls, Zeichenmeister i. e. N. Otto Reith, zuletzt an der ehemaligen Landesmusikschule Karlsruhe, Professor i. e. N. Hermann Göbeler, zuletzt ebenfalls, Professor i. e. N. August Grob, zuletzt ebenfalls, Professor i. e. N. Georg Schrenk, zuletzt ebenfalls, Verwaltungsoberinspektor i. e. N. Friedrich Körber, zuletzt ebenfalls, Hausmeister i. e. N. Josef Mattes, zuletzt an der Amtsverwaltungsstelle Forstheim, Zeichenlehrer i. e. N. Otto Sabu, zuletzt ebenfalls. — Abteilung Justiz — Ernannt: Die Justizassistenten Heinrich Vatt bei der Direktion der Strafanstalten in Freiburg, Gustav Kani bei der Justizverwaltung in Freiburg, Friedrich Brädelin beim Notariat Baden-Baden, Anton Yana beim Notariat Eningen, au Justizreferenten, Inspektor Karl Schumann an der Justizverwaltung in Mannheim zum ersten Inspektor. Zur Ruhe geht bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Oberaufseher Karl Mealer bei den Strafanstalten in Freiburg. Versetzt: Justizassistent August Lanfer beim Notariat Eningen, Versetzt auf Zulassung: Die Rechtsanwältin Esar Mayer beim Landgericht Mannheim und Alfred Feld beim Amtsgericht Rehl und beim Landgericht Offenburg. Versetzt: Rechtsanwältin Georga Dörzbacher in Schwetzingen.

Badisches Staatstheater

Spieldaten v. 3. bis 13. Febr. 1934. Im Staatstheater: Samstag, 3. Februar: Geschlossene Vorstellung für die Deutsche Arbeitsfront. Der Wastendarm von Julius Romberg. Sonntag, 4. Februar: Karnavalistische Morgenveranstaltung: Volksfeste. Montag, 5. Februar: Die Hölle. Dienstag, 6. Februar: Die Hölle. Mittwoch, 7. Februar: Die Hölle. Donnerstag, 8. Februar: Die Hölle. Freitag, 9. Februar: Die Hölle. Samstag, 10. Februar: Die Hölle. Sonntag, 11. Februar: Die Hölle. Montag, 12. Februar: Die Hölle. Dienstag, 13. Februar: Die Hölle.

Bilder und Rahmen gut und preiswert bei Büchle Inh. W. Bertsch Ludwigplatz Ecke Erbprinzenstraße.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 3. Februar 1934.

Gründung der Gasgemeinschaft Karlsruhe.

Vom städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt wird uns geschrieben:

Ebenso wie in anderen Städten ist auch in Karlsruhe eine Gasgemeinschaft gegründet worden, der die Aufgabe obliegt, eine möglichst vorteilhafte und zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit Gas zu gewährleisten.

Um das Ziel der dringend notwendigen Arbeitsbeschaffung, auf das auch von der Regierung immer wieder hingewiesen wird, zu erreichen, soll eine großzügig angelegte Werbung durchgeführt werden.

Alle Volksgenossen werden aufgerufen, soweit es ihnen irgend möglich ist, Aufträge zu erteilen und die nötigen Arbeiten alsbald ausführen zu lassen.

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung

vom 1. Februar 1934.

Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt. Durch die Gewährung von Reichszuschüssen zu den Instandsetzungen der Gehwege hat sich erfreulicherweise eine erhebliche Zahl von Hauseigentümern zur Neueindeckung der Gehwege mit Zementplatten entschlossen.

Als weitere Arbeit für den Neubau der Markthalle wird die Herstellung des Bodenbelags mit einem Aufwand von rund 37 000 RM. an vier Firmen vergeben.

Städtisches Gut Schönd auf dem Turmberg bei Durlach. Der Wirtschaftsbetrieb auf dem Gut Schönd wird auf die Dauer von 6 Jahren neu verpachtet.

Evangelische Kirchengemeinde Karlsruhe schafft Arbeit.

Nach wochenlangen sorgfältigen Beratungen wurde im Dezember von Seiten der Evang. Kirchengemeinde Karlsruhe ein Wettbewerb zur Erlangung von Bauplänen einer evang. Kirche ausgeschrieben.

Nach einträglicher Tagung wurden die Preise unter den Bewerbern wie folgt verteilt: 1. Preis: Prof. Dr. theol. Hartung; 2. Preis: Dr. Ing. H. D. Koesiger und Albert Scheuerpflug, Architekten B. D. U. Karlsruhe.

Als Entwürfe wurden erworben: die Pläne der Herren Brantich und Heide, Architekten B. D. U., Karlsruhe und Prof. Karl Winter unter Mitarbeit von Prof. Anton Kling, Karlsruhe.

Trauerfeier für Reichsbahndirektor Singrün.

Unter außerordentlich harter Beteiligung der Beamtenschaft der Reichsbahn und der Schutzpolizei, sowie der Parteigenossen, wurde um die Mittagszeit der Leiche in Berlin in einem Beerdigungswagen zum Opfer gefallene, Hg. Reichsbahndirektor Singrün zur letzten Ruhe beigesetzt.

Der Beerdigung ging eine schlichte, eindrucksvolle Trauerfeier in der Friedhofskapelle voraus, wobei Stadtpfarrer Jung die Einsegnungszeremonie vornahm und die letzten Gebete sprach.

Als die letzten Akkorde verklungen waren, würdigten eine Reihe von Rednern die außerordentlichen Verdienste des Heimgegangenen um die Reichsbahn und nicht zuletzt die nationalsozialistische Bewegung, für die der entschlossene Parteigenosse seit dem Jahre 1930 mit in vorderster Linie steht.

Aus Berlin war Reichsbahndirektor v. Beck herbeigeeilt, um im Anzuge der Deutschen Reichsbahngesellschaft und im Sonderauftrag des Generaldirektors Dörpmüller einen Lorbeerkranz an der Bahre niederzulegen, wobei er die großen Verdienste des Entschlafenen um die Deutsche Reichsbahn würdigte und das tragische Geschick, dem dieser fähige, sehr tüchtige Beamte und Dezentist für das Kraftfahrzeugwesen in Frankfurt a. M. im Alter von 57 Jahren zum Opfer gefallen war, beklagte.

Oberrichter Christian widmete dem verstorbenen Kollegen namens des Vereins der Höheren Badischen Eisenbahn-Verwaltungsbeamten, der in dem Verbliebenen seinen verdientesten, eifrigsten Vorstehenden verloren hat, gleichfalls einen herzlichen Nachruf.

Die Verdienste des verewigten Parteigenossen um das Dritte Reich hob im Auftrage der Gaubeamten-Abteilung Baden der NSDAP, Hg. Meerggraf, hervor. Der Verbliebene sei ein eifriger Vorkämpfer der Bewegung gewesen und habe sich bereits seit dem Jahre 1930 für die nationalsozialistische Idee wader eingesetzt. Sein Andenken werde unvergessen bleiben.

Im Anschluß hieran wurde die sterbliche Hülle des Entschlafenen zur letzten Ruhe gebettet. Auch der Präsident und die Mitglieder der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. und Karlsruhe hatten ihres einseitigen Mitarbeiters durch Kranzspenden ehrend gedacht.

Die Weihe der Karlsruher Schulfahrten findet am Donnerstag, den 8. Februar, nachmittags 15.30 Uhr in der Festhalle statt. Dazu ist die Elternschaft der Schulfahrten eingeladen.

Wintersportzüge der Abtalsbahn. Wie aus dem Inseratenteil hervorgeht, verkehren am Sonntag, den 4. Februar 1934 auf der Abtalsbahn 2 Wintersportzüge Karlsruhe ab 7.00 und 9.00 Uhr. Die Züge haben wie die fahrplanmäßigen Züge in Serravallo Kraftomnibusantrieb nach Doppel zu Fahrpreisen von 50 Rpf. für einfache Fahrt und 80 Rpf. für Hin- und Rückfahrt.

Breche Dein Brot mit den Armen! Gvende zum Eintopfgericht!

Für Senkung der Fernsprech- und Telegrammgebühren

Eine Aussprache im Postausschuß des Deutschen Industrie- und Handelslages.

Am 30. Januar trat der Postausschuß des Deutschen Industrie- und Handelslages in Anwesenheit von Vertretern des Reichspostministeriums zusammen.

Der Vorsitzende betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß eine schrittweise Senkung der Postgebühren vom Reichspostministerium im Rahmen des Möglichen bereits früher zugeagt worden ist. Die Zeit sei nun gekommen, zu prüfen, wo solche Senkungen vorgenommen werden können.

Es wurde eine Staffelung vorgeschlagen, wonach die ersten 200 Gespräche 10 Pfg., die nächsten 100 9 Pfg. und alle darüber

hinausgehenden 8 Pfg. kosten sollen. Der Gebührentarif für den Fernverkehr in mittleren Entfernungen sei zu ermäßigen, was einen Zugang an Gesprächen bedeuten würde.

Da die Wirtschaft ein starkes Interesse am Telegrammverkehr habe, sei eine Ermäßigung der Gebühren, die um 200 Prozent höher sind als 1914, unumgänglich. Es wurde ein Satz von 7 Pfg. im Orts- und 10 Pfg. im Fernverkehr bei 10 Worten Mindesttext vorgeschlagen.

Schließlich seien Erleichterungen im Auslandsverkehr zu schaffen, um die Sonderbelastung des deutschen Exporteurs zu beseitigen. Die Reichspost sei, wie von den Vertretern der Reichspost erklärt wurde, bemüht, durch technische Verbesserungen die Voraussetzungen für Verkürzungen zu schaffen.

Spendet zum Winter-Hilfswerk des Deutschen Volkes 1933/34. Postscheckkonto: Karlsruhe 22100 Girokonto bei der St. Sparkasse K'he. N° 8100, Bad. Bank-Karlsruhe, sowie alle übrigen Banken, Postanstalten, Reichsbahnschalter und Zeitungen

Große Lebensmittelverteilung des Winterhilfswerkes Ortsgruppe Karlsruhe. Nachdem die Ausgabe der Lebensmittelgutscheine und der Sonderverteilung an Kohlen anlässlich der ersten Wiederkehr des 30. Januar durchgeführt ist, findet eine weitere große Lebensmittelverteilung statt.

Die Blaueier Spigenrosette ein Ehrenzeichen deutscher Volksgemeinschaft und Hilfsbereitschaft. Am Sonntag, den 4. Februar 1934 beginnt in ganz Baden der Verkauf der Blaueier Spigenrosetten.

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal. Die Frau mit Lotischien bedroht. Karlsruhe, 2. Febr. Vor der Strafabteilung des Amtsgerichts Karlsruhe hatte sich am Freitag wegen Bedrohung, unerlaubter Schießen und Nichtanmeldung einer Schusswaffe der Gastwirt August Karl Hecht zu verantworten.

Eindreher verurteilt. Karlsruhe, 2. Febr. Der Arbeiter Emil Kiefer, der Maurer Karl Linder und der Arbeiter Wilhelm Kohler aus Rieblingen hatten in Rieblingen mehrere nächtliche Eindrehen verübt, bei denen sie einige Hasen und Hühner erbeuteten.

Karlsruher Familien-Chronik Verkündete vom 25. Januar bis 30. Januar 1934. Herr Eduard Schönd - Rosa Herr. Schneider Karl Baumann - Anna Maier.

Ehstandsdarlehen! und Sie waren noch nicht bei Möbel-Karrer Karlsruhe Philippstraße Nr. 19. Große Auswahl in 65 Stockwerken in allen Preislagen 9 Ratenkauf!

Motto: Raus damit! im Inventur-Verkauf. Beyer, Waldstraße 14 neben Colosseum. Flanell-Schlaf Anzug . . . . . 4.50 3.90. Finette-Nachthemden . . . . . 2.95 2.50.

Konditorei und Kaffee Fr. Nagel Berliner Pfannkuchen. Waldstraße 41-45, nächst der Kaiserstraße, empfiehlt in versch. Füllungen in bekannter Güte. Telefon 699.

Mein Tipp. Teller fest., tief u. flach -25. Desserteller leston. -18. Ovale Platten festoniert 30 cm 0.65 35 cm -95. Garnitur: 1 Fleischklop., 1 Kartoffelstampfer, 1 Schneidbrett, 1 Nudelroller -98.

Mechaniker Oskar Scheide - Martha Schenker. Regieremeister Paul He - Martha Feldmann. Schneider und Jackenmacher Adolf Weg - Anna St.

Gestorbene vom 22. Januar bis 31. Januar 1934. Juliane Wanz, Ehef. v. Karl, Waser, 53 J. - Verta Stern, Witwe v. Paul, Landwirt, 56 J. - Anna Welin, ohne Beruf, led., 68 J. - Frieda Dürr, Ehef. v. Karl, Bauer u. Landwirt, 44 J.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Die zweite Grossbankbilanz: Die Reichskredit-Gesellschaft steht auf gesunden Füßen!

Wieder 5% Dividende. — Neuer Zuwachs an Kunden. — Erhebliche Stärkung der inneren Rücklagen.

Die zweite der Berliner Grossbanken legt die Bilanz der Reichskredit-Gesellschaft für 1933 vor, nachdem ihr die Berliner Handels-Gesellschaft...

Table with 5 columns: Position, 1933, 1932, 1931, 1930. Rows include Aktiva (Bilanzsumme, Offizialkapital, etc.) and Passiva (Offizialkapital, Reserven, etc.).

Die Bilanz zeigt nachfolgendes Bild (in Mill. RM.): Aktiva: 1933 1932 1931 1930... Passiva: 1933 1932 1931 1930...

Verstärkung beim Bankverkehr, die ohne Zweifel erzielt wurden. Auch manches Gemeindepflichtige durch Kredit...

Table with 5 columns: Position, 1933, 1932, 1931, 1930. Rows include Aktiva (Bilanzsumme, Offizialkapital, etc.) and Passiva (Offizialkapital, Reserven, etc.).

Bei der Schlußbilanz der Kreditlosen sind etwa 90 Mill. RM. durch die Verdrängung...

Table with 5 columns: Position, 1933, 1932, 1931, 1930. Rows include Aktiva (Bilanzsumme, Offizialkapital, etc.) and Passiva (Offizialkapital, Reserven, etc.).

Im neuen Jahr ist die Entlohnung befriedigend, namentlich das Effektenergebnis...

Unter Berücksichtigung eines Gewinnrücktrags von 1,40 (1,90) Mill. RM. und der Einziehung...

Das Geschäft mit Auslandskonten nach dem Oberrhein blieb klein. Es sind nur geringe...

Die Reichsbank am Januarende.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Januar 1934 hat sich in der Umlaufmündigkeit...

Bei der Reichsbank am Januarende sind 238,3 Mill. RM. der Reichsbanknoten im Umlauf...

Bei der Reichsbank am Januarende sind 238,3 Mill. RM. der Reichsbanknoten im Umlauf...

Londoner Weizen-Besprechungen ohne Markteinfluß.

Ausfall der direkten Offerten überseeischer Ablader. — Kleines Auslandszweizengeschäft nach dem Oberrhein...

Die in London abgehaltene Sitzung des Internationalen Weizenprets und die dort gefassten Beschlüsse...

Süddeutscher Eisenmarkt.

Am süddeutschen Eisenmarkt zeigt sich die Konjunkturbelastung vor allem darin, daß das...

Am Süddeutschen Eisenmarkt zeigt sich die Konjunkturbelastung vor allem darin, daß das...

Am Süddeutschen Eisenmarkt zeigt sich die Konjunkturbelastung vor allem darin, daß das...

Handelsregisterinträge.

Welsheim, Firma Mater Carl, Seefeld: Firmeninhaber ist jetzt: Fette Levi Witwe geb. Aufhäuser in Seefeld, 25. Jan. Emmendingen, Firma Stefan Humbug in Reute: Die Firma ist...

Grosser Gewinn bei der Auto-Union Chemnitz.

Dresden, 2. Febr. (Einzelblatt). Nach Vornahme beträchtlicher Abschreibungen auf Anlagen...

Abends weiter fest.

Frankfurt, 2. Febr. (Einzelblatt). An der Abendbörse machte die Weltbilanz...

Schlachtvieh- und Nutzviehmärkte.

Miesbach, 2. Febr. (Einzelblatt). 28 Milchschweine, 6 Ferkel, 24 Schlachtwiege...

Metallo.

Berlin, 2. Febr. (Einzelblatt). Metallterminnotierungen. Kupfer: Febr. 39,50 @ 40,50...

London, 2. Febr. (Einzelblatt).

London, 2. Febr. (Einzelblatt). Schlachtvieh, Nutzvieh, Metalle. Kupfer (per Tonne)...

